

Die SPD steht vor einem konzeptionellen Problem. Die Siegesformel der Bundestagswahl 1998 – Innovation und Gerechtigkeit – wirkt heute hohl. Versprochen war 1998 eine Politik, die die Kräfte der Gesellschaft mobilisiert und zugleich besser integriert. Innovation und Gerechtigkeit. Im Klartext sollte dies zweierlei heißen. Erstens Aktivierung der eigenverantwortlichen Leistung, in der Wirtschaft wie auch im sozialen Engagement. Zweitens sollten die sozialen Ungleichheiten wieder abnehmen. „Am Abbau der Arbeitslosigkeit wollen wir bei der nächsten Wahl gemessen werden“, verkündete der neue Kanzler, Gerhard Schröder.

Im Wahlkampf von 1998 waren auch die sozialen Gruppen neu entdeckt worden, die diese Modernisierung tragen sollten: die Berufsgruppen der „neuen Mitte“. Das SPD-Wahlprogramm nannte sie: „hochqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, vorausschauende und engagierte Manager und Unternehmer, innovative und flexible Mittelständler, Handwerker und Freiberufler, mutige Existenzgründer, hervorragend ausgebildete InformatikerInnen, ÄrztInnen und IngenieurInnen, erfindungsreiche Techniker und Wissenschaftler.“

Für Schröder waren diese „gesellschaftlichen Leistungsträgerinnen und Leistungsträger“ die neuen und produktiven Kräfte der Gesellschaft, die Helmut Kohls CDU nicht mobilisieren, nicht bündeln und nicht ins neue Jahrtausend führen konnte. Ihnen bot er einen „neuen Gesellschaftsvertrag“ an, „ein großes Bündnis der Modernisierer aller gesellschaftlichen Gruppen.“ – Wirklich *aller* Gruppen?

Zunächst schien er auf diesem Weg. Am 27. September 1998 erzielten SPD und Grüne zusammen 47,6%, fast einen „Erdrutsch-Sieg“. Das waren fast 4 Prozent mehr als mit Scharping 1994, knapp 9 Prozent mehr als mit Lafontaine 1990. Die SPD alleine kam mit 40,9 wieder etwas näher an die 45,8% heran, die Willy Brandt 1973 erzielt hatte. Zusammen mit den Grünen lag sie sogar 1,8% höher. Es lohnt durchaus, einen Vergleich der neuen Mobilisierung von 1998 mit früheren Konzepten großer sozialer Bündnisse anzustellen.

### I. Integrationsmodelle

In der Geschichte der Bundesrepublik haben verschiedene gesellschaftspoli-

tische Integrationsmodelle, die stufenförmig aufeinander aufbauten, einander abgewechselt. Daraus hat sich ein spezifischer „Pfad“ des westdeutschen regulierten Kapitalismus und der westdeutschen regulierten Klassengesellschaft entwickelt, der sich von den „Pfadern“ der übrigen hochentwickelten Gesellschaften unterscheidet. Der westdeutsche Pfad kann mit einigem Recht als „Arbeitnehmergeinschaft“ bezeichnet werden: durch eine nicht gleiche, aber doch bedeutsame Teilhabe der Arbeitnehmer an der Gesellschaft. Dies war mit einer Veränderung der Klassenstrukturen verbunden.

- Von 1950 bis 1990 schrumpfte der konservativ-ständische *alte Mittelstand* der kleinen Landwirte, Kaufleute und Handwerker von etwa 25% auf weniger als 5% der Bevölkerung.
- Zugleich wuchs der *neue Mittelstand* der Angestellten von 20% auf fast 60%, zu einer großen Arbeitnehmergruppe, die den alten ständischen Dünkel nach und nach aufgab und sich an die industrielle Arbeiterschaft annäherte.
- Für die *Arbeiter* schwanden die alten Merkmale der sog. „Proletarität“, d.h. die unsichere Beschäftigung, die soziale Rechtlosigkeit und die eher geringe Fachqualifikation. Durch erkämpfte Rechte, hohes Fachkönnen und relative soziale Sicherheit erlangten sie ihrerseits Standards der sozialen „Mitte“.

Die Voraussagen einer Verbürgerlichung oder blinden Konsumhörigkeit der Arbeiter erfüllten sich dadurch nicht. Vielmehr verloren die erodierenden bürgerlichen und kleinbürgerlichen Gruppen ihre Bedeutung als Leitmilieus. Dadurch verlor auch die CDU/CSU in den sechziger Jahren zum ersten Mal ihre kulturelle und politische Hegemonie an die SPD.

Der westdeutsche Pfad unterscheidet sich in wichtigen Zügen von dem Pfad der *DDR-Gesellschaft*, insbesondere von deren Modernisierungshemmnissen, die in der Übernahme des altindustriellen Stahlmodells von der Sowjetunion und in der staatsbürokratischen Blockierung der Produktivkräfte begründet lagen. Andererseits gibt es hier trotz allem etwas Gemeinsames: die DDR war, wie Wolfgang Engler es nennt, eine „arbeiterische“ Gesellschaft. In beiden Gesellschaften war, wenn auch unter verschiedenen politischen Regulierungsformen, die Arbeiterklasse in die Mitte aufgerückt, deren sichere soziale Standards zuvor dem alten Mittel-

## Gibt es eine „neue Mitte“?

Die gesellschaftliche Basis für eine sozialdemokratische Reformpolitik<sup>1</sup>

von Michael Vester\*

stand (den kleinen Eigentümern) und dem neuen Mittelstand (den „besseren“ Angestellten) vorbehalten gewesen waren.

Willy Brandt hat den historischen SPD-Sieg von 1972 als Erfolg eines großen Integrationskonzepts, der „Arbeitnehmergeinschaft“, und zugleich auch der Mobilisierung der Bildungsschichten erklärt. Das Modell der Arbeitnehmergeinschaft symbolisierte die Verminderung sozialer Ausgrenzung, Rechtlosigkeit und Not und eine höhere Teilhabe (fast) aller am Zuwachs der Einkommen, an Mitbestimmungsrechten, am Bildungssystem und an der Sicherung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter. Die Mobilisierung der Bildungsschichten symbolisierte eine tolerantere, kulturell vielfältigere Politik, die in der Außenpolitik Verständigung suchte und die nach innen mehr Teilhabe der Frauen, der Ausländer und sozialer Minderheiten sowie mehr Mitwirkung aller Bürger versprach – also das, was heute „Bürgergesellschaft“ oder „Zivilgesellschaft“ genannt wird.

Brandts Nachfolger, Helmut Schmidt, erwarb hohes Ansehen dafür, dass er vor allem den ersten Teil dieses Programms unter dem Namen „Modell Deutschland“ bis 1982 einigermaßen durch die seit 1973 die Vollbeschäftigung und den Staatshaushalt einschränkende Wirtschaftskrise steuerte. Die modernen Bildungsschichten dagegen konnte die SPD nur teilweise binden. Aus den Protesten gegen Atomkraft, Raketenrüstung und manche Arroganz der Mächtigen entstand der Rückenwind für die neue Partei der Grünen.

Schmidts Nachfolger, Helmut Kohl, gewann seine Mehrheit 1982

**Sträflich ignoriert hat die neue Koalition, dass sie die untersten sozialen Milieus, denen sie den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit versprochen hatte, von Anfang an kaum mobilisieren konnte.**

\* Michael Vester, Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Hannover.

zwar nur durch den Seitenwechsel der FDP. Aber die großen Wählerpotentiale der Union konnte Kohl dauerhaft nur halten, solange er trotz mancher Abstriche die Substanz des „rheinischen Kapitalismus“ nicht antastete. Gemeint ist das Modell sozialer Integration, das nach dem Zweiten Weltkrieg zum Erfolgsrezept konservativer Volksparteien geworden war, vor allem in den am Rhein gelegenen Kernländern der Europäischen Gemeinschaft. Alle grundlegenden sozialen Arrangements zwischen Arbeitnehmern, Unternehmern und Staat waren bereits unter Adenauer vor allem von der Metall- und Bergarbeiterschaft erstreikt und ausgehandelt worden: die Mitbestimmung, die Betriebsräte, die Vierzig-Stundenwoche und die Lohnfortzahlung für Kranke.

Jahrzehntelang hatte diese konservative Spielart der „Arbeitnehmergesellschaft“ die Abwanderung der konservativeren Arbeitnehmer von der Union zur SPD gebremst. 1998 aber verlor die Union so viele dieser Wähler, dass sie keine Mehrheitskoalition mehr bilden konnte. Der von Kohl ins Abseits gestellte CDU-Modernisierer Heiner Geißler hat Recht, wenn er diese herbe Niederlage damit erklärt, dass die Union den rheinischen Kapitalismus immer mehr durch neoliberale Experimente abgebaut hat – nicht zuletzt durch den Angriff auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall im Herbst 1996.

Die Parole der „neuen Mitte“ ist zwar eher zufällig, als Werbekonzept des Wahlkampfes von 1998, entstanden. Doch reagierte sie durchaus auch auf *tiefgreifende Veränderungen* der sozialen Klassenstrukturen und Milieus, die erst *nach* den Regierungsperioden von Brandt und Schmidt zum Tragen kamen. Verbunden wurden sie mit Begriffen wie „Dienstleistungsgesellschaft“, „Wissensgesellschaft“, „Individualisierung“ und „Postmaterialismus“. Ein Diskurs, eine Verständigung darüber, was diese Begriffe bedeuten, fand jedoch selbst im Wahljahr nicht statt. Dies hat zu einem wesentlichen Missverständnis darüber geführt, wer die „neue Mitte“ ist und wie mit ihr umzugehen ist, mit der Folge, dass sie nach dem großen Wahlsieg gründlich und nachhaltig verprellt wurde.

## II. Wahlergebnisse

Die SPD gewann die „neue Mitte“ am 27. September 1998 tatsächlich. Sie zog vor allem frühere CDU/CSU-Wäh-

ler, Grün-Wähler und Nichtwähler zu sich herüber. Der Stimmenzuwachs der SPD (von 36,4% auf 40,9%) kam vor allem aus der modernen Arbeitnehmermitte; die SPD verbesserte sich bei den Arbeitern auf 48% (bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern sogar auf 61%), bei den Angestellten auf 42% (CDU/CSU 31%). Warum ist der neuen rot-grünen Koalition inzwischen die so gewonnene Mehrheit zerronnen? – Zur Klärung dieser Frage müssen wir die sozialen Milieus der Gesellschaft und ihren Wandel näher betrachten.

Sträflich ignoriert hat die neue Koalition, dass sie die untersten sozialen Milieus, denen sie den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit versprochen hatte, von Anfang an kaum mobilisieren konnte. Dies ist umso erstaunlicher, als die Milieus der soziale Unterprivilegierten, die durch geringe Ausbildung und unsichere Erwerbschancen benachteiligt sind, immerhin 12% der Bevölkerung ausmachen. Da die Arbeitsplätze geringer Qualifizierter immer mehr in die Billiglohn-Länder abwandern, stellen sie das Gros der Dauerarbeitslosen und der unsicher Beschäftigten. Eine Wahlkampagne zugunsten der Erfolgreichen, d.h. der Leistungsträger der „neuen Mitte“, und die Brandmarkung der Arbeitslosen als Leistungsunwillige und Missbraucher des sozialen Netzes empfinden sie als Hohn.

Auch wenn viele der Unterprivilegierten aus früherer Tradition noch die großen Volksparteien wählten, nahm der Anteil der Nichtwähler und der rechten Protestwähler bei ihnen zu. Die SPD konnte hier zwar frühere CDU-Wähler gewinnen, aber kaum den überdurchschnittlich hohen Anteil der *resignierten Nichtwähler* mindern. Die Wahlbeteiligung lag in vielen großstädtischen Problemvierteln 7 Punkte unter dem Durchschnitt. Die *Rechtsextremen* blieben in Bundesdurchschnitt zwar unter der 5%-Hürde. Aber sie erreichten doch 4%, bei den Arbeitslosen sogar 7% und bei den Männern unter 24 Jahren 11%.

Die Hessenwahl ging den Rot-Grünen dann nicht nur wegen der Schwäche der Grünen verloren, sondern auch deswegen, weil die SPD in den unterprivilegierten Ortsteilen und Milieus kaum mobilisieren konnte. Die Demobilisierung dieser Milieus zeigte sich noch stärker bei der Europawahl im Juni 1999, als die SPD 8 ihrer 20 Millionen Bundestagswähler verlor. Schließlich erlitt sie auch verheerende Verluste in Brandenburg (-

14,8%), im Saarland (-5,0%), in Thüringen (-11,1%) und in den Kommunen Nordrhein-Westfalens (-8,4%).

Diese hohen Verluste, meist noch an die Nichtwähler, lassen sich nun nicht mehr allein mit den Unterprivilegierten erklären. Die „neue Mitte“ selber war verprellt. – Wie ist das zu erklären?

## III. Eine neue Massenpsychologie

Die Reaktion der SPD-Führung wirkte zunächst hilflos. Viele Politiker und Journalisten griffen zu massenpsychologischen Erklärungen. In ihrer Perspektive dominiert die Sorge um knappe Haushaltsmittel. Daraus wurde, vereinfacht gesagt, geschlossen, dass die Wähler nur aufs Geld aus seien. Vor allem den vermutlichen „Stammwählern“ der SPD wurden rein materialistische oder genussorientierte Motive unterstellt: man wolle nur das Geld bzw. eine lebenslange Betreuung des Staates und scheue es, selber etwas zu leisten oder Verantwortung zu tragen.

Viele blickten jetzt auf das Erfolgsrezept von Tony Blairs New Labour. Dessen Vordenker, Peter Mandelson und Anthony Giddens, rieten der SPD, sich von der „schrumpfenden Basis der traditionellen Arbeiterschicht“ zu lösen, die nur materielle Umverteilung wolle, um sich auf der komfortablen Vergangenheit auszuruhen. Stattdessen müsse man auf die neuen Dienstleistungsschichten und ihre „postmaterialistischen Werte“ – „jenseits von links und rechts“ setzen: auf Ökologie, Gleichstellung der Frauen, Multikulturalität, Pluralität der Lebensstile usw..

Im ‚Stern‘ definiert Giddens den neuen Träger der Politik noch deutlicher als Mitte zwischen den Extremen. Es geht um die Belohnung der vollbeschäftigten Leistungsträger. Sie grenzt er nach zwei Richtungen ab. Nach unten gegen die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger, die aufgrund der zu hohen sozialstaatlichen Leistungen kein Motiv zum Arbeiten haben und daher die Arbeitslosigkeit hauptsächlich verursachen. Nach oben gegen die Reichen, die nur von ihrem Erbe leben: eine Umverteilung durch Erbschaftssteuer sei durchaus angebracht.

Giddens' Dreistufen-Modell enthält nicht nur eine starke Abwertung der anderen Gruppen, die, nach der alten puritanischen Arbeitsmoral, als faul, sittenlos und selbstüchtig dargestellt werden. (Eine Rechtfertigung für das sozialdarwinistische „no pity

***Auch die Dienstleistenden sind Arbeitnehmer, oft auch in unsicheren Lagen. Daher gibt es auch ein gemeinsames Interessenbewusstsein gegenüber dem Staat und den Unternehmen.***

## POLITISCHE GESELLSCHAFT

for the poor“.) Es enthält außerdem eine besondere Idealisierung der eigenen Gruppe. Sie, die Besserverdienenden, werden von der Forderung nach Umverteilung ausgenommen.

Die Diagnose mündet in einen neuen puritanischen Tugend-Diskurs. Der Staat müsse die Bürger zum Sparen und zur Verantwortung „aktivieren“ und alle Möglichkeiten des „Missbrauchs“ und der Verschwendung der sozialen Leistungen abbauen.

### IV. Ein Sozialmodell nach Thatcher

Die gesamte Argumentation ist, wie auch das Schröder-Blair Papier, auf das englische Sozialmodell nach Thatcher abgestimmt. Die Labour Party vor Blair klebte tatsächlich noch am traditionellen Arbeitermilieu, das dort auch noch gut 20% umfasst (viermal soviel wie bei uns). Blair hat neue Milieus erreicht, aber ihnen auf gewisse Weise die alten geopfert.

Nach Thatcher fand er eine breite Lohnspreizung vor: unterhalb der gesicherten Arbeitnehmermitte war ein großes Spektrum „prekärer“, also ungesicherter, Arbeits- und Armutsverhältnisse entstanden. Aus dieser Not wurde nun eine Tugend gemacht: eine gewisse *Schadensbegrenzung* durch sehr niedrige Hilfssätze, die als Ansporn wirkten, sich in Niedriglohnbereichen Jobs zu suchen.

Auch viele frühere leitende Angestellte und mittlere Unternehmer im fraglos etwas unmodernen englischen Kapitalismus lagen nach Thatchers Rosskur auf der Straße und wanderten als „neue Unternehmer“ in moderne Branchen – oder auch in die neuen Billiglohnbereichen. Sie werden nun als Jobgeber hofiert. Ein Wiedererstarken der Gewerkschaften gilt in diesem Modell eher als störend. Im Schröder-Blair-Papier fehlt daher auch das korporatistische Aushandlungsmodell zwischen Unternehmern und Gewerkschaften, das auf dem Kontinent für sozialen Frieden – und eben auch für hohe Produktivität – sorgte.

### V. Die Milieus der Arbeitnehmergesellschaft

Die neuen massenpsychologischen Theorien beruhen zum größten Teil auf Rückschlüssen, die – wie früher im orthodoxen Marxismus – aus den *wirtschaftlichen* Veränderungen abgeleitet sind. Direkte Untersuchungen der *sozialen Lagen* und *Mentalitäten* (die bei diesen Theorien fehlen) stützen eine ganz andere These.

Richtig ist zwar, dass der Anteil der Dienstleistungen enorm zugenommen hat. Die Angestellten sind heute mit fast 60% gegenüber den industriellen Arbeitern (37%) in der Mehrheit. Aber dies ist nur eine *horizontale Verschiebung* zwischen den Wirtschaftszweigen. Die vertikale Ungleichheit ist dadurch nicht verschwunden. Auch die Dienstleistenden sind Arbeitnehmer, oft auch in unsicheren Lagen. Daher gibt es auch ein gemeinsames Interessenbewusstsein gegenüber dem Staat und den Unternehmen.

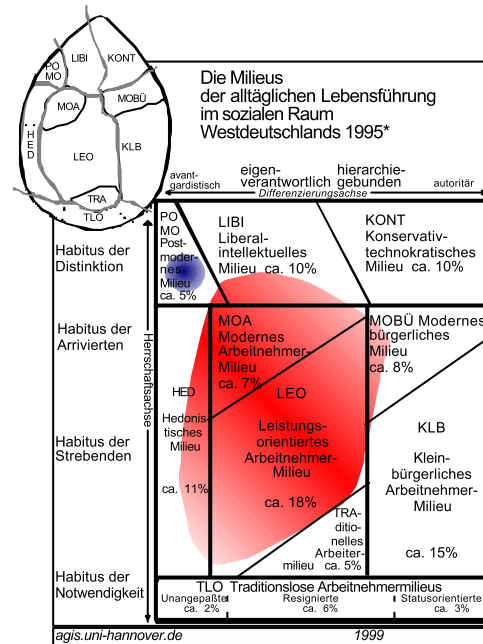
Die *Arbeitnehmermilieus* bilden mit 76% die große Mehrheit der Bevölkerung. Nach ihrer Mentalität teilen sie sich in verschiedene Einzelmilieus. Diese Unterteilungen richten sich aber nicht danach, ob sie Dienstleistende sind, sondern eher nach ihrem Qualifikationsniveau, das wiederum wesentlich von der kulturellen Tradition des jeweiligen Milieus abhängt. Die Milieus sind in gewissem Sinne die *Nachfahren* der früheren Stände, Klassen und Schichten. Konkret drückt sich dies in den drei großen, in sich weiter unterteilten Milieu- und Mentalitätstraditionen etwa folgendermaßen aus.

- Zur *facharbeiterischen Traditionslinie* (ca. 30%) gehören Arbeiter und Angestellte, die eigenverantwortliche und qualifizierte Facharbeit leisten und dafür aber auch nicht als Untertanen im Betrieb behandelt werden wollen.
- Zur *kleinbürgerliche Traditionslinie* (ca. 23%) gehören Arbeiter und Angestellte, für die Pflichterfüllung und die Einordnung in Hierarchien wichtig sind. Aber dafür erwarten sie im Gegenzug auch Fürsorge und soziale Verantwortung von den Unternehmern und Vorgesetzten.

Beide Milieutraditionen, die immerhin die gute Hälfte der Bevölkerung bilden, verstehen also die Arbeitnehmergesellschaft als einen Pakt auf Gegenseitigkeit. Die facharbeiterische Linie erwartet Leistung gegen Leistung, die kleinbürgerliche Loyalität gegen Loyalität. Von der beschworenen verantwortungslosen Hängematten-Mentalität kann keine Rede sein.

Auch mit den beiden übrigen Arbeitnehmermilieus ist es nicht so einfach. Sie sind tatsächlich nicht so definitiv in die Arbeitswelt integriert. Aber dies hat weniger „massenpsychologische“ als strukturelle Gründe.

- Zum einen gibt es die stark *erlebnisorientierten Jugendmilieus* (ca. 11%), die aus den Kindern der ge-



nannten großen Traditionslinien bestehen. Sie befinden sich in der jugendtypischen Phase der Rebellion gegen die Leistungs- und Pflichtethik der Eltern. Dies zeigt sich vor allem in der Freizeit, während sie ansonsten doch zur Schule, zur Hochschule und zu ihren Jobs gehen und übrigens die arbeitnehmerischen Werte teilen.

- Zum anderen gibt es die *Traditionslinie der Unterprivilegierten* (ca. 12%), die aufgrund geringerer Qualifikation teils auf Gelegenheitsjobs, teils auch auf Routinejobs in Industrie und Dienstleistungen verwiesen sind. Diese Jobs eignen sich nicht zu hoher Identifikation und Mitverantwortung, sondern sind Mittel zum Zweck des Geldverdienens. Aber die Jobs sind hart und die Verdienste bescheiden, so dass die Rede vom Konsum-Materialismus an der Realität vorbeigeht.

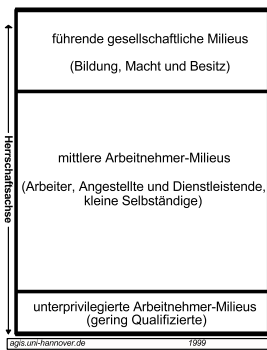
### VI. Vom sicheren zum prekären Wohlstand

Die sozialen Lagen der Arbeitnehmermilieus sind seit den siebziger Jahren schrittweise unsicherer geworden.

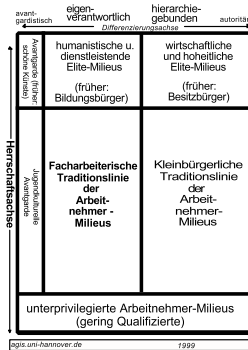
Am stärksten trifft dies die 12% Unterprivilegierten. Es trifft aber nicht zu, dass sie nur wegen der hohen Sozialleistungen nicht arbeiten gehen. Die Dauerarbeitslosigkeit, die sich in diesen Milieus konzentriert, liegt vielmehr an der Abwanderung der geringer qualifizierten Industriejobs in Billiglohnländer. Die Arbeitslosen- oder Sozialhilfe (1997 im Schnitt ca.

**Am entschiedensten aber hat sich die „neue Mitte“ in den Arbeitnehmermilieus der facharbeiterischen Traditionslinie herausgebildet, wo die angeblich modernisierungsfeindlichen Stammwähler der SPD zu Hause sind.**

Der Soziale Raum  
vertikale Struktur



Der Soziale Raum  
horizontale Struktur



1022,- bzw. 856,- DM), ist kein Motiv zum Faulenzen. Sie liegt längst erheblich unter dem durchschnittlichen Nettoeinkommen (um 2.700,- DM). Zu den unterprivilegierten Milieus gehören auch die meisten der 8,7% Armen unserer Gesellschaft, die weniger als 924,- DM monatlich haben. Die Motive, zur Vermeidung eines „deklassierten“ Lebensstandards auch einfache Arbeit anzunehmen, sind sehr wirksam. Trotz der Dauerarbeitslosen ist die Mehrheit der Milieus, wenn auch oft unsicher, beschäftigt.

Die im Lebensstandard darüber liegenden großen Milieus der gut ausgebildeten und besonders leistungsorientierten Arbeitnehmermitte (64%) schwimmen keineswegs im Überfluss. In diese Milieus wirken zwei verschiedene soziale Schiefen hinein.

Ihr unterer Teil lebt oft im sog. prekären (d.h. ungesicherten) Wohlstand. Ein alltäglicher Schicksalsschlag – Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Scheidung usw. – kann sie unter die Armutsgrenze bringen. Eine neue Untersuchung des Caritas-Verbands hat festgestellt, dass bei uns etwa 20 Millionen (25%) im „prekären Wohlstand“ leben.

Noch mehr Angehörige der Milieus, vermutlich deutlich mehr als 20 Millionen, waren durch den wirtschaftlichen Strukturwandel seit den siebziger Jahren bereits einmal oder mehrmals arbeitslos und mussten sich auf neue und sehr oft schlechtere Beschäftigungen umstellen. Nur 1,2% haben es abgelehnt, im Sinne der Zumutbarkeitsregel ein Verdienst in Höhe der bisherigen Arbeitslosengelder bzw. -hilfen anzunehmen. Nach Umfragen sind insgesamt die meisten Arbeitnehmer bereit, bei Entlassungen schlechterer Arbeitsbedingungen anzunehmen: längere Arbeitswege (74% dafür), schlechtere berufliche Positionen

(61%) oder geringeres Verdienst (52%). Für viele ist dies inzwischen auch Realität. Untersuchungen bestätigen außerdem seit langem, dass für viele der Lebensstandard zwar noch einigermaßen sicher ist, aber mit sehr hohen Belastungen, Pendlerwegen, Mehrarbeit und Abwesenheiten von der Familie bezahlt wird.

Es gibt aber auch relative Gewinner der Modernisierung in den Arbeitnehmermilieus. Im oberen Viertel der Mitte finden sich Gruppen, die sozialen Abstieg wenig fürchten und sich durch hohen Arbeitseinsatz und hohe Dienstleistungsqualifikationen auch relativ gesichert fühlen. Sind hier die postmateriellen, an materiellen Verteilungsfragen nicht mehr interessierten (weil materiell zufriedengestellten) Milieus, von denen die neue Tugendlehre spricht?

VII. Die Milieus der „neuen Mitte“

Die These von der passiven und unverantwortlichen Mentalität trifft nachweislich nur für kleine – und ärgerliche – Minderheiten zu, nicht aber für die große Arbeitnehmermehrheit. Ebenso wenig trifft zu, dass die Arbeiter, ebenso wie die Angestellten, in einem unbeweglichen Traditionalismus verharren. Sie stellen vielmehr die Mehrheit der „neuen Mitte“. Gerade die deutsche Entwicklung hat in den meisten, wenn auch nicht allen, Milieus besonders drei Tendenzen der Modernisierung gefördert.

- Erstens die sog. „Teilnahme-Revolution“: Seit den fünfziger Jahren wurde mit der Teilhabe und den höheren Mitwirkungsrechten in Betrieb und Gesellschaft auch der alte Macht-Ohnmacht-Gegensatz zurückgedrängt. Wer mitwirkt, erwartet auch nicht passiv alle Segnungen von oben. Es gibt harte Interessengegensätze, aber sie werden aktiv ausgehandelt. – Die „Teilhabe-gesellschaft“ (stakeholder society) von Blair haben wir also schon länger.
- Zweitens die sog. „Kompetenz-Revolution“ der Wissensgesellschaft: Seit den sechziger Jahren sind, mit den neuen Technologien und intelligenten Arbeitsqualifikationen, die Bildungsstandards in immer mehr Bereichen erheblich angestiegen. Das macht immer mehr Beschäftigte fähig, ohne Anweisungen von oben eigenverantwortlich zu handeln. Machthierarchien verlieren ihre sachliche Grundlage.
- Drittens die Emanzipation der Lebensstile: Auch in der Freizeit sind

Selbstverwirklichung und eigene Gestaltung der Lebensentwürfe wichtiger geworden. An die Stelle von Konformität und Unterordnung ist oft ein stärkeres Aushandeln und mehr Respekt vor den Einzelnen getreten. Die Frauen sind hier Schrittmacher.

Alle diese Veränderungen bekräftigen, dass die neuen massenpsychologischen Schemata, die von der Unmündigkeit der Menschen ausgehen, den großen gesellschaftlichen Milieus nicht mehr gerecht werden.

Die Modernisierung hat allerdings nicht alle Milieus gleichermaßen verändert. Doch immerhin ist die kleinbürgerliche Traditionslinie, die am alten Mittelstand orientierte „alte Mitte“, auf etwa 23% heruntergeschmolzen. Und unter diesen sind jetzt auch 8% modernerer Angestellter in Banken und Verwaltungen, deren Hierarchiedenken durch tolerantere Lebensstile gemildert ist.

Am entschiedensten aber hat sich die „neue Mitte“ in den Arbeitnehmermilieus der facharbeiterischen Traditionslinie herausgebildet, wo die angeblich modernisierungsfeindlichen Stammwähler der SPD zu Hause sind.

Die „traditionellen Arbeitermilieus“, für die die Welt noch von den Mächtigen beherrscht war und ihnen selbst nur eine passive, ohnmächtige Rolle zukam, sind auf bloße 5% geschrumpft, meist resignierte Menschen im Rentenalter. Die Zahlen dieser Gruppe für England und Frankreich liegen weit höher, bei 21% und 28%. Dies liegt vermutlich daran, dass dort die Hierarchien noch steiler, die Mächtigen selbstherrlicher, die Mitwirkungsrechte von unten ungewohnter sind.

Die mittlere Generation der facharbeiterischen Traditionslinie hat ihre Grunderfahrungen im modernisierten Sozialstaat unter Willy Brandt und Helmut Schmidt gemacht. Sie konzentriert sich in dem großen „Leistungsorientierten Arbeitnehmermilieu“, das mit etwa 18 Prozent fast ein Fünftel der (westdeutschen) Bevölkerung ausmacht. (In Ostdeutschland ist die entsprechende Gruppe etwa halb so groß.) Das Selbstbewusstsein gründet sich hier auf modernes Fachkönnen, erkämpfte Rechte und die Überwindung der proletarischen Lebensweise der Not, Enge und Unterordnung. Das Milieu erwartet, umfassend an den sozialen Chancen und Bildungschancen teilhaben zu können. Da es aber auch gut qualifizierte Arbeitnehmer seit

den achtziger Jahren besonders von vorübergehender Arbeitslosigkeit und stagnierenden Einkommen betroffen sind, besteht seit langem große Enttäuschung über alle Parteien. Die Hälfte der „Leistungsorientierten Arbeitnehmer“ gehört zu den Kerngruppen der sog. „politischen Verdrossenheit“. Der Ärger wird in der Regel nicht auf Ausländer oder sozial Schwache gelenkt, sondern begründet tiefe Zweifel daran, dass in der Gesellschaft *Leistung sich noch lohnt und die Mächtigen nicht bevorzugt werden*.

- Diese Meinung hat auch die jüngste Generation, obwohl sie aufgrund sehr hoher Qualifikationen eher selten arbeitslos ist. Ihre Angehörigen bilden das „Moderne Arbeitnehmermilieu“, mit derzeit gut 7 Prozent. Als Gruppe der weltoffenen praktischen Intelligenz sind sie besonders in innovativen Branchen und mit neuen Technologien sowie in Sozial- und Verwaltungsdienstleistungen tätig, häufig mit Fachhochschulabschluss. Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und soziale Mitverantwortung sind zentrale Werte. Dazu gehört die Offenheit für lebenslanges Lernen und unkonventionelle Lebens- und Politikformen. Dieses Milieu setzt postmaterielle Werte und individuelle Freiheiten hoch an – und verbindet dies gleichzeitig mit einer hohen Sensibilität für gerechte Verteilung materieller Güter und für soziale Solidarität. – Besonders dieses Milieu ist von großer Bedeutung, weil es immer noch rasch wächst und weil zu ihm die wichtigsten Meinungs-Multiplikatoren im Alltag gehören.

Insgesamt vertritt also die „neue Mitte“ der Arbeitnehmer weder einseitig die alte „materialistische“ Verteilungsmentalität noch die neue „postmaterialistische“ Individualisierung. Sie vertritt eine *Synthese* beider *innerhalb des Modells der Arbeitnehmergesellschaft*: den Ausgleich zwischen oben und unten in der Gesellschaft und gleichzeitig Ermunterung der Eigenverantwortung. Sie will, arbeitend und Steuern zahlend, etwas leisten, verlangt aber auch Gegenleistungen. Gegen Abstriche ist sie nicht – aber nur wenn sie gerecht begründet sind.

**VIII. Modernisierung durch Aktivierung sozialer Teilhabe**

Ihre Maxime, *„Leistung gegen Teilhabe“*, beißt sich mit der neuen Massenpsychologie, die sie als uneinsichtige Kinder, die nur am materiellen Haben

interessiert sind, bevormundet. Wenn gegenüber den Wählern immer wieder betont wird, man habe ihnen doch schon – ganz zu Beginn der Regierungszeit – eine materielle Umverteilung gegeben, die sie nur leider jetzt vergessen hätten, so wird der wahre Grund der Abwendung verkannt. Es geht den meisten Milieus nicht nur um materielle Vorteile, sondern um Anerkennung und das Aushandeln auf Augenhöhe.

Wie ist es möglich, dass der neue Kanzler die neue Mitte so wenig kannte? Sein Auftreten war lange durch die Symbole, das Auftrumpfen und die Sprunghaftigkeit des Aufsteigers gekennzeichnet, der seine eigene einfache Herkunft jetzt von oben betrachtet. Es gibt durchaus Milieus, die sich in diesem Stil, der ja nicht nur eine Äußerlichkeit ist, wiedererkennen. Es sind die *neuen Aufsteiger*, die eine Teilgruppe, höchstens ein Drittel, des sog. „Postmodernen Milieus“ (ca. 7%) bilden. Zu ihm gehören die neuen *Gewinner der globalen Modernisierung* in avantgardistischen Kultur- und Medienberufen und Unternehmen der neuen Technologien und symbolischen Dienstleistungen. Sie verstehen sich als ästhetische und kommunikative Avantgarde und wollen ihr Bedürfnis nach edlem Konsum, Erlebnis und Erfolg ohne einschränkende Verpflichtung verwirklichen. Der Kanzler muss geglaubt haben, sich hier mit einer wirklichen, von den anderen Milieus anerkannten Trendsettergruppe verbunden zu haben.

Hier hat er geirrt. Gerade die Ablehnung sozialer Verpflichtungen provoziert nicht nur die Milieus der Arbeitnehmer, sondern auch einen großen Teil der gehobenen konservativen Milieus wie auch der progressiven Bildungsmilieus. Auch sie verstehen nicht die *argumentlose* Politik („Es gibt keine Alternative!“), die bei der Bombardierung ziviler Ziele im Kosovo-Krieg viele Intellektuelle und bei der Sparpolitik viele Arbeitnehmer dauerhaft verprellte. Man wollte wenigstens einer Begründung gewürdigt und nicht einfach als Komplize von Milosevic oder Verschwenker von Steuermitteln tituliert werden.

Der neue Autoritarismus, verbunden mit der argumentlosen Abwertung konkurrierender Ansichten, ist noch nicht überwunden. Das Chaos verschiedener Stimmen, das bis zum Sommertheater 1999 den Verfall des Vertrauens in die Sozialdemokratie –

und auch der Grünen – begleitete, kann nicht durch eine neue – und ebenso argumentlose – „Geschlossenheit“ ersetzt werden. Wie Umfragen zeigen, missbilligen es „die Wähler“ nicht, wenn in Parteienkontrovers diskutiert wird – solange eine allgemeine Richtung, auf die einigermaßen Verlass ist, deutlich bleibt.

Es geht im Klartext darum, wie weit neoliberale Positionen, die Innovationen und Deregulierungen *ohne* soziale Gerechtigkeit wollen, das mögliche Spektrum der Sozialdemokratie repräsentieren können. Bleibt die Bildung – auch bei mehr individueller Eigenverantwortung – ein öffentliches Gut? Wird ein immer größerer Billiglohn-Sektor mit unsicheren Arbeitsverhältnissen entstehen? Wie werden die großen Kapitalvermögen an der Steuer- und Abgabenlast beteiligt? Wird ein Kasino- und Turbokapitalismus mit hohen spekulativen Risiken und ruinöser Dumping-Konkurrenz weiter begünstigt? Oder nur nachträglich saniert – wie Philipp Holzmann – anstatt, wie immerhin in den gelobten USA, eine minimale Aufsicht zu erwägen? Wird es, zur Minderung der Arbeitslosigkeit und der Prekarität, keine aktive Nachfragepolitik geben? – Und vor allem: Wird sich dieser demobilisierende Stil nachhaltig ändern?

Eine Modernisierung nach undiskutierbaren objektiven Sachgesetzhaltungen – sei es der Technik, des Marktes oder der Politik – kann keine gesellschaftlichen Kräfte mobilisieren oder gar bündeln. Wirksam ist nicht nur die erste Tendenz der Modernisierung, die Veränderung der Ökonomie durch die technologisch-wissenschaftliche Revolution und die globale Konkurrenz auf den Märkten. Wichtig sind auch die beiden anderen Entwicklungen:

- Auf der Ebene der *Kompetenz-Revolution*: Gerade die zunehmende Fach- und Entscheidungskompetenz auf allen Ebenen der Gesellschaft macht deutlich, wie archaisch autokratische Entscheidungshierarchien und wie notwendig Rechte der Mitbestimmung und der Gegenmächte sind. Hier besteht aber auch ein Modernisierungsbedarf: die Entbürokratisierung der Institutionen (der Gewerkschaften, der Verbände, der Betriebe usw.) nicht durch einen mysteriösen „Markt“, sondern durch individuelle Mitentscheidung, durch Aushandeln, durch Dialog. Wenn die Gewerkschaften, die Kirchen, die Verbände, die Parteien, die Verwaltung

**Gerade die Ablehnung sozialer Verpflichtungen provoziert nicht nur die Milieus der Arbeitnehmer, sondern auch einen großen Teil der gehobenen konservativen Milieus wie auch der progressiven Bildungsmilieus.**

gen usw. zu wenig Mitarbeit in den modernen jungen Milieus finden, dann liegt es daran, dass diesen immer noch *zu selten aktive Rollen und Perspektiven angeboten werden*. Ökonomischer Gewinn und ökonomische Risiken schaffen keinen dauerhaften sozialen Zusammenhalt und keine dauerhafte Moral.

- Auf der Ebene der *Emanzipation der Lebensstile*: Bei dem dauernden Gerede über den Zerfall sozialer Zusammenhänge wird übersehen, wie intensiv gerade im Kleinen und in den Alltagsmilieus sozialer Zusammenhalt aufgebaut wird. *Alle* Institutionen sind mit der Krise, Engagement zu mobilisieren, konfrontiert. Aber *nicht alle* sind noch in dieser Krise. Viele haben diese Krise durch andere Partizipationsmodelle, verbunden mit einem Generationen- und Elitewechsel, überwunden.

#### IX. Konkurrierende Eliten in der „neuen Mitte“

Nicht nur die modernen Arbeitnehmermilieus, sondern auch große Milieus der Bildungseliten und der Eliten der öffentlichen Dienstleistungen sehen sich durch die Hegemoniepolitik der postmodernen Aufsteigermilieus herausgefordert oder entmotiviert. Es handelt sich dabei insbesondere um die beiden Teilgruppen des „Liberal-Intellektuellen Milieus“ im oberen Viertel des sozialen Raums. Gemeinsam ist beiden ein hohes Ethos der Leistung, der Eigenverantwortung und der Chancengleichheit und eine realistische Reformbereitschaft, durch die sie sich gegen konservative Beharrung und zu postmodernem Avantgardismus abgrenzen. Es ist bemerkenswert, wie wenig die Politik der „neuen Mitte“ diese Milieus angesprochen hat. Dabei konzentrieren sich hier nach wie vor gesellschaftliche Schlüsselfunktionen und innovative Potentiale – allerdings verbunden mit einer großen Mehrheit für das Modell der Arbeitnehmergesellschaft (83%):

- Die „*progressive Bildungselite*“ (ca. 5%) umfasst den größten Teil der wissenschaftlichen Intelligenz. Tätig ist sie insbesondere in den Natur- und Ingenieurwissenschaften, in den Sozial- und Geisteswissenschaften, im Buchhandel und im Verlagswesen, in der Werbung und in den Medien – und nicht zuletzt, mit höherem Anteil an Frauen, in pädagogischen, psychologischen und therapeutischen Berufen. Ihr hohes Arbeits- und Leistungsethos ist mit

dem Sinn für Selbstverwirklichung und Selbstdarstellung verbunden, aber auch mit dem progressiv-elitären Bedürfnis, neue und ungewöhnliche Wege zu gehen und moderne Trends zu setzen.

Das Milieu rekrutiert sich überdurchschnittlich aus der gebildeten Oberschicht von Freiberuflern, Selbständigen und höheren Beamten, aber auch neuen Aufsteigern der Bildungsberufe. Es zeigt ein hohes geselliges und politisches Engagement, in dem es um kulturellen und politischen Gedankenaustausch, Mitgestaltung und Einflussnahme geht.

Für die Mehrheit des Milieus ist die Leistungsorientierung zwar elitär, aber mit einem kritischen Engagement für politische Gleichstellung und soziale Gerechtigkeit verbunden. Neoliberale Sympathien vertreten nur Minderheiten.

- Die „*mittlere Verwaltungselite*“ (ca. 4%) konzentriert sich in Berufen der mittleren und höheren Verwaltung, oft im Zusammenhang mit neuesten Datentechnologien, im öffentlichen Dienst, im kaufmännischen Bereich und im Verlagswesen, bei Frauen auch besonders in beratenden, medizinisch-technischen und pädagogischen Tätigkeiten.

Sie sind meist Aufsteiger aus Milieus der qualifizierten Facharbeit. Daher ist ihr Interesse an der hohen Kultur und an geselligem und politischem Austausch mit anderen Bildungsmilieus eher begrenzt. Entsprechend suchen sie einen ungezwungenen Lebensstil, in Abgrenzung gegen die konventionellen Stile der konservativen Milieus (rechts oben im sozialen Raum) wie auch gegen die zu erlebnisbetonten Lebensstile der „progressiven“ Milieus (weiter links im oberen sozialen Raum).

Gegenüber der großen Politik – und auch der Selbstidealisierung und -inszenierung von Politikern – herrscht eine skeptische bis zynische Distanz, während gleichzeitig wenig Vorbehalte gegen Ausländer, sozial Schwächere, unkonventionelle Lebensformen bestehen. Diesem sozialen Ethos entspricht aber ein eher durchschnittliches aktives Engagement.

Politiker und Politikerinnen der Grünen und der SPD verweisen gelegentlich darauf, dass diese Milieus, in denen Eigenverantwortung und solidarische Einstellungen miteinander verbunden sind, relativ klein sind und auch mehrheitlich nicht den „eigentli-

chen“ postmodernen Trends folgen. Jedoch ist mindestens die „progressive Bildungselite“, ebenso wie das oben beschriebene „Moderne Arbeitnehmermilieu“, ein *Milieu von Multiplikatoren*.

Auch wenn diese beiden Milieus zusammen nur 12% bilden, gehören sie im Alltag der Milieus zu den wichtigsten „opinion leaders“, zu den Leuten, die weit häufiger als andere Verantwortung und Ehrenämter übernehmen, die sich das Vertrauen von anderen erwerben und die oft um Rat und Information gebeten werden. Die eigentliche Meinungsbildung der Gesellschaft findet hier statt, in den Netzen des Alltags – und nicht direkt durch die Medien. Als Multiplikatoren erreichen sie ein Mehrfaches ihrer eigenen Zahl.

Diese beiden von der bisherigen Politik der „neuen Mitte“ beiseitegeschobenen Milieus unterstützen, nach unserer repräsentativen Befragung, zu 83% bzw. zu 88% das Modell der „Arbeitnehmergesellschaft“. Innovation und Eigenverantwortung können sie sich nur in ihrem Rahmen vorstellen. Es ist anzunehmen, dass die großen Wahlenthaltungen zuungunsten der Grünen und der SPD sich in unzähligen intensiven Diskussionen herausgebildet haben, an denen diese beiden Milieus mehr als jedes andere beteiligt waren.

Wer auf massenpsychologische Mechanismen, Führerfiguren und mediale Meinungssuggestion setzt, ignoriert, dass die Modernisierung der Mentalitäten vor allem ein Mündigwerden gegenüber jeder Art von Bevormundung bedeutet. Der Autoritarismus im postmodernen Gewand kam zu spät – und wurde von den Wählerinnen und Wählern, wie es im Jargon hieß, „abgestraft“. spw

<sup>1</sup> Beitrag von Michael Vester auf der Konferenz „Modernisierung der Sozialdemokratie“, veranstaltet am 28.11.1999 in Berlin von der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen und den JungsozialistInnen in der SPD. Der Beitrag stützt sich auf aktuelle Arbeiten einer Forschungsgruppe der Universität Hannover, zu der besonders Daniel Gardemin, Helmut Bremer, Gisela Wiebke und Christel Teiwes-Kügler beigetragen haben. Ausführlichere Darstellungen erscheinen u.a. demnächst im Suhrkamp Verlag in der Neuauflage des Buches „Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel“ von Michael Vester, Peter von Oertzen, Heiko Geiling, Thomas Hermann und Dagmar Müller.

**Wer auf massenpsychologische Mechanismen, Führerfiguren und mediale Meinungssuggestion setzt, ignoriert, dass die Modernisierung der Mentalitäten vor allem ein Mündigwerden gegenüber jeder Art von Bevormundung bedeutet.**